Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute u. a. zu folgenden Themen: KTzG, Afghanistan, Mindestlöhne, Löhne, Kaufkraft, DIW-Bericht: Krisenlasten nach unten, Binnenkonjunktur, Abstimmung über EnBW-Einstieg, Schee-Katastrophe, USA: Gesundheitsreform, Berlusconi, Europarat wirft Kosovo-Premier Verbrechen vor, Deutsche Steuerausfälle, Spekulation mit Rohstoffen. (RS/WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gutt ist nicht gut genug
2. Einsatz am Hindukusch: US-Geheimdienste befürchten Afghanistan-Debakel
3. Afghanistan: SPD-Spitze lehnt Sofortabzug ab
4. Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz
5. Löhne leiden weltweit unter der Krise
6. Tarifverhandlungen: Viele Argumente für ein Lohnplus
7. Kaufkraft steigt: Aufschwung kommt 2011 beim Verbraucher an
8. DIW-Bericht beweist: Schwarz-Gelb verteilt die Krisenlasten nach unten
9. Binnenkonjunktur Glaube statt Fakten
10. Stuttgarter Landtag: Eklat bei Abstimmung über EnBW-Einstieg
11. Die Schnee-Katastrophe
12. USA: Gericht erklärt Gesundheitsreform für gesetzwidrig
13. Berlusconi
14. Europarat wirft Kosovo-Premier Verbrechen vor
15. Drastische Steuerausfälle: Geld? Gibt’s nicht mehr!
16. Spekulanten stürzen sich auf Rohstoffe

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gutt ist nicht gut genug**
   a. **Mir ist nicht GUTT**
   „SPIEGEL-ONLINE-Autor Stefan Kuzmany hat ein Problem: Er kann das Ehepaar Guttenberg nicht lieben. Das bringt ihn zwar manchmal zum Lachen – macht ihn aber zur Zeit ganz schön einsam.
   Quelle: Spiegel-Online

Anmerkung unseres Lesers A.N.: *Ein wohltuend unaufgeregter Kommentar in der recht hitzigen Diskussion.*

Anmerkung unseres Lesers F.H.: *Es gibt sie noch, die Lichtblicke beim Spiegel … lieber Stefan Kuzmany, dass Sie sich in Ihrer Redaktion einsam vorkommen ist nachvollziehbar. Aber an anderer Stelle lassen sich haufenweise Gleichgesinnte finden. Manchen davon ist allerdings das Lachen bereits im Hals stecken geblieben.*

Passend dazu Georg Schramm aus dem Jahr 2009:

b. **Georg Schramm zum Guttenberg-Paar**
Stichwort: „Bismark am Krankenbett“
Quelle: YouTube

2. **Einsatz am Hindukusch: US-Geheimdienste befürchten Afghanistan-Debakel**
US-Präsident Obama will am Donnerstag seinen Fortschrittsbericht zur Lage in Afghanistan vorstellen – aber die Geheimdienste sehen der „New York Times“ zufolge offenbar keinen Grund zu Optimismus: Ohne Mithilfe Pakistans seien die Erfolgaussichten am Hindukusch gering. Auch das Internationale Rote Kreuz ist wegen der Intensität der Kämpfe in dem Land alarmiert: Die Lage sei so schlecht wie seit 30 Jahren nicht mehr. Es werde immer schwieriger, die Bedürftigen zu versorgen, erklärte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Kabul.
Quelle 1: Spiegel Online
Quelle 2: The New York Times [Login erforderlich]
Quelle 3: Bundesregierung [PDF – 1.1 MB]

Anmerkung Orlando Pascheit: *Noch kennen wir den amerikanische „Fortschrittsbericht“ nicht, aber wie im deutschen dürfte wahrscheinlich der Abzugsbeginn mit 2011 darin enthalten sein wie auch die vage Anmerkung, dass das Land noch länger Hilfe brauchen wird. Schon der Name, Fortschrittsbericht, ist bemerkenswert. Er schließt das Wort Scheitern auf sprachlicher Ebene von vornherein aus. Man möchte gerne wissen, wer sich solche Bezeichnungen ausdenkt. Wahrscheinlich werden wie bei deutschen Bericht so tolle Erfolge enthalten sein wie die Reduzierung der Sterblichkeitsrate bei gebärenden Müttern von 1.600 (2002) auf 1.400 (2010) bei 100.000 Lebendgeburten im Jahr – die weltweit zweithöchste*

Müttersterblichkeitsrate nach Sierra Leone. Der schwarze Peter des Misserfolgs wird wahrscheinlich ebenso wie bei uns den Afghanen zugeschoben: Korruption, Menschenrechte usw. – kurzum ein Mangel an „guter Regierung“. – Nur schade, dass wir die Einschätzung unseres Fortschrittsberichts durch unseren Geheimdienst nicht kennen. Das wäre doch etwas für Wikileaks.

3. **Afghanistan: SPD-Spitze lehnt Sofortabzug ab**
   Sozialdemokraten diskutieren auf Konferenz den Einsatz der Bundeswehr. Parteivorsitzender Gabriel und Fraktionschef Steinmeier wollen Abzug zwischen 2013 und 2015. Um ihre Position dazu haben die Sozialdemokraten lange gerungen. Dabei suchte die Partei einen Standpunkt zwischen der verführerischen Forderung nach einem sofortigen Abzug aus dem zunehmend unbeliebten Einsatz am Hindukusch – und dem Wissen, kaum gegen eine Mission opponieren zu können, die sie selber unter Kanzler Gerhard Schröder begonnen hat.Vom Sonderbeauftragten der Regierung für Afghanistan, Michael Steiner, bis zum Chef des Verbandes der Nichtregierungsorganisationen, Ulrich Post, bekam die SPD weitgehend Bestätigung für diese Positionen. Die eigenen Jahreszahlen für den Abzug „sind mittlerweile die internationale Richtmarke“, freute sich auch Parteichef Gabriel. Einzig: Von der Regierung unterscheiden sie sich nicht mehr, für die dringend benötigte Profilierung der Partei fällt das Thema damit aus.
   Quelle: taz

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Das ist ja leider das Kreuz der jetzigen SPD-Führung. Sie kann sich nicht von nachweislich falschen Positionen der Schröderregierung lösen – und das ist kein Vermittlungsproblem. Ziemlich lächerlich ist das Eigenlob, die internationale Richtmarke hätte sich der der SPD genähert. Der Abzugstermin ergibt schlicht aus dem Termin der amerikanischen Präsidentschaftswahlen. – Und machen wir uns nichts vor, nach dem Abzug der ISAF wird in Afghanistan ein ähnliches Chaos herrschen wir jetzt im Irak.*

4. **Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz**
   Tabellarische Übersicht
   Quelle 1: WSI-Tarifarchiv [PDF – 22.1 KB]
   Quelle 2: WSI-Tarifarchiv Übersicht
5. **Löhne leiden weltweit unter der Krise**
   Weltweit sind die Lohnzuwächse eingebrochen. Deutschland kam verhältnismäßig gut durch die Rezession – schneidet aber in der

Lohnentwicklung seit 2000 katastrophal ab. Die realen (inflationsbereinigten) Löhne legten 2009 im weltweiten Durchschnitt nur noch um 1,6 Prozent zu – nach 2,8 Prozent vor Ausbruch der Krise 2007. Nimmt man China aus der Statistik heraus, ging das Wachstum sogar um zwei Drittel von 2,2 Prozent auf 0,7 Prozent zurück.
Die Organisation würdigte zwar Deutschlands Flexibilität am Arbeitsmarkt in der Krise. Zwischen 2000 und 2009 seien allerdings die realen Löhne und Gehälter um 4,5 Prozent gesunken. Deutschland hinke damit deutlich im internationalen Vergleich hinterher. In Finnland und Norwegen etwa gab es im gleichen Zeitraum jeweils ein Plus von mehr als 20 Prozent. Ilo-Experte Malte Lübker kritisierte, dass sich die Löhne in Deutschland zunehmend von der Entwicklung der Produktion entkoppelt hätten.
Quelle 1: Zeit Online
Quelle 2: International Labour Organization

Anmerkung Orlando Pascheit: *Der Gedanke liegt nahe, dass der Lohnrückgang mit einer ganz anderen der „Flexiblisierung“ zusammenhängen könnte als der die flexiblen Kurzarbeitausgestaltung, dass nämlich die systematische und massive Förderung von prekären und unsicheren Jobs, einen Niedriglohnbereich geschaffen hat, der die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften bis heute schwächt.*

6. **Tarifverhandlungen: Viele Argumente für ein Lohnplus**
   Die Gewerkschaften wollen einen Aufschlag von drei Prozent im öffentlichen Dienst der Länder erzielen. Doch das und ein um 50 Euro höherer Sockelbetrag sind selbst dem rheinland-pfälzischen Finanzminister zu viel.
   Damit weiß sich der Mainzer Finanzminister in guter Gesellschaft mit seinen zwölf Kollegen in der Tarifgemeinschaft der Länder. Allerdings steht seine Aussage in seltsamer Diskrepanz zur Forderung von Leuten wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) oder dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Hundt, die sich allesamt für höhere Tarifabschlüsse ausgesprochen haben, weil auch die Beschäftigten „vom Aufschwung profitieren“ müssten.
   Quelle: FR
7. **Kaufkraft steigt: Aufschwung kommt 2011 beim Verbraucher an**
   Die Deutschen profitieren nach einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) 2011 von der guten Arbeitsmarktsituation und haben

spürbar mehr Geld in der Tasche. Im Durchschnitt habe jeder Bundesbürger im kommenden Jahr 19.684 Euro zur Verfügung, das seien 499 Euro mehr als 2010, teilten die Nürnberger Marktforscher am Dienstag mit. Sie führen die Entwicklung sowohl auf die rasche Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Finanzkrise zurück, als auch auf die erwarteten höheren Löhne.
Insgesamt rechnet die GfK im kommenden Jahr mit einer Kaufkraft von 1,61 Billionen Euro; das wären 2,6 Prozent mehr als in diesem Jahr. Allerdings, schränken die Konsumforscher ein, mache die wieder steigende Inflation einen Teil dieses Zuwachses zunichte. Zudem drückten die höheren Beiträge für Arbeitslosen- und Krankenversicherung auf die Kaufkraft.
Quelle: Stern.de

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Und wieder einmal betreibt die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) das, was seit mehreren Jahren zu ihrem „Markenzeichen“ geworden ist: Konsumpropaganda. Berücksichtigt man die im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierte Inflationsrate in Höhe von 1,4 Prozent, dann würde die Kaufkraft inflationsbereinigt um lediglich 1,2 Prozent ansteigen. Zumindest dieser Aspekt wird, ebenso wie der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge, von der GfK erwähnt.*

Jedoch profitieren nicht „die“ Deutschen im kommenden Jahr in gleichem Maße von dem von der GfK prognostizierten Anstieg der realen Kaufkraft in Höhe von 1,2 Prozent:

Die den breiten Schichten der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Masseneinkommen (Nettolöhne und -gehälter, Transfereinkommen) werden im kommenden Jahr lt. Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute inflationsbereinigt stagnieren. Die Einzelkomponenten der realen Masseneinkommen entwickeln sich lt. Herbstgutachten wie folgt:

- *reale Nettolöhne und -gehälter Gesamt: +1,1%*
- *reale Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer: lediglich +0,4 Prozent,*
- *reale Transfereinkommen (Renten, Arbeitslosenunterstützung, Kindergeld etc.): sogar -2,1%.*

Der komplette Zuwachs des im Herbstgutachten prognostizierten Anstieg des Verfügbaren Einkommens und damit der komplette reale Kaufkraftzuwachs käme somit per Saldo den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zu Gute.

Auch der Stern-Beitrag stimmt unter Bezugnahme auf das Ifo-Institut in jenen Medienchor ein, der darauf abzielt, die in zahlreichen Staaten geäußerte Kritik an der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft als angeblich nicht stichhaltig zurückzuweisen:

„Der private Konsum wird immer mehr zur Stütze des deutschen Aufschwungs. Die inländische Nachfrage werde 2011 fast 90 Prozent zum erwarteten Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent beisteuern, erklärte das Münchner Ifo-Institut. Dieses Jahr war die kräftige Erholung von der Weltwirtschaftskrise 2009 noch stark von den Exporten getrieben."

Der vom Ifo-Institut behauptete hohe Wachstumsbeitrag der inländischen Nachfrage (privater und staatlicher Verbrauch, Investitionen, Veränderungen des Vorratsvermögens) ist vor dem Hintergrund dieser in zahlreichen Staaten geäußerten Kritik an der hohen Exportlastigkeit der hiesigen Wirtschaft zu sehen. Erst die tatsächliche Entwicklung des Jahres 2011 wird zeigen, ob der Außenhandel nicht auch im kommenden Jahr einen deutlich höheren Wachstumsbeitrag zum BIP leisten wird. Doch auch das Herbstutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute (zu denen auch das Ifo-Institut zählt) kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der deutsche Leistungsbilanzüberschuss auch im kommenden Jahr weiter zulegen wird: von 127,9 Mrd. Euro in 2010 auf 142,3 Mrd. Euro in 2011. Dies bedeutet im Umkehrschluss: Die Neuverschuldung der unter Außenhandelsdefiziten mit Deutschland leidenden Staaten wird im kommenden Jahr um weitere 142,3 Mrd. Euro anwachsen. Helmut Schmidt ist hinsichtlich seiner Kritik an den hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüssen zuzustimmen. Das Handelsblatt zu Schmidts diesbezüglicher Kritik:

Hinweise des Tages 08.12. „Helmut Schmidt rechnet mit Angela Merkel ab„

„Seinen deutschen Landsleuten redet der Altkanzler wegen der hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz ins Gewissen: „Wir verhalten uns genauso wie die Chinesen." Die deutsche Elite habe lange nicht begriffen, was die Leistungsbilanzüberschüsse für die Bundesrepublik bedeuten: „Es bedeutet, dass man Waren verkauft und dafür nur Papiergeld erhält. Das wird später

abgewertet, und man muss es abschreiben“, sagte Schmidt.“

8. **DIW-Bericht beweist: Schwarz-Gelb verteilt die Krisenlasten nach unten**
   Das globalisierungskritische Netzwerk Attac sieht in dem neuen Wochenbericht des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Verteilung der Krisenlasten. „Der Bericht macht einen wesentlichen Zusammenhang ganz deutlich: Die derzeitige Schieflage des Bundeshaushaltes ist Bestandteil einer Umverteilung der Krisenlasten nach unten“, sagte Steffen Stierle vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. „Jene, die von den deregulierten Finanzmärkten profitiert und dabei die Krise verursacht haben, haben ihre Verluste längst überkompensiert. Und zwar zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft, die nun die Hauptleidtragenden der schwarz-gelben Kürzungspolitik sind.“
   Quelle: Attac
9. **Binnenkonjunktur Glaube statt Fakten**
   Ökonomen hoffen, dass die Deutschen mehr kaufen und die Konjunktur stützen. Reines Wunschdenken. Ein Kommentar
   Quelle: Die Zeit
10. **Stuttgarter Landtag: Eklat bei Abstimmung über EnBW-Einstieg**
    Der Landtag in Stuttgart hat den Wiedereinstieg des Landes bei EnBW mit den Stimmen von CDU und FDP gebilligt – unter scharfen Protesten der Opposition: Grüne und SPD verließen den Saal. Sie sehen bei dem Deal die Rechte des Parlaments verletzt und werfen Regierungschef Mappus Machtmissbrauch vor.
    Quelle: SPIEGEL
11. **Die Schnee-Katastrophe**
    40 Zentimeter Neuschnee in einer Nacht! Das gab’s seit mehr als 15 Jahren nicht mehr! Die weißen Massen, die Mittelfranken in der Nacht zum Freitag zudeckten, legten das gesamte Leben lahm. Die Nürnberger Rathaus-CSU will nun prüfen lassen, ob künftig auch Hartz-IV-Empfänger als Ein-Euro-Jobber beim Schneeräumen helfen können. In Duisburg laufe das Modell einer solchen schnellen „Snow-Force“-Eingreifgruppe erfolgreich, weiß Stadtrat Marcus König: „Wir werden jedes Modell prüfen, das uns helfen kann, den Schneemassen Herr zu werden“, so SÖR-Chef Ronald Höfler.
    Quelle: Abendzeitung

    Anmerkung Orlando Pascheit: *Fragt sich nur, warum die Stadtreinigung diese Arbeitslosen zumindest für diesen Winter nicht einstellt.*

Ergänzende Anmerkung RS: *Fragt sich auch, welche Rolle Sparmaßnahmen dabei spielen.*

12. **USA: Gericht erklärt Gesundheitsreform für gesetzwidrig**
Es ist ein weiterer Rückschlag für Barack Obama: Ein Bundesgericht in den USA hat Teile der Gesundheitsreform des US-Präsidenten für verfassungswidrig erklärt. Der Kongress habe nicht das Recht, Bürger zum Kauf einer bestimmten Dienstleistung zu verpflichten.
Quelle: FR

Anmerkung RS: *Das Thema ist noch lange nicht abgeschlossen. Zahlreiche Rechtsexperten meinen, das oberste Gericht würde seine bisherige Rechtsprechung umkehren müssen, um die Sanktionen gegen Nichtversicherte als Verfassungswidrig erklären zu können. Auszuschließen ist allerdings nicht, dass sich die Verfassungsrichter entsprechende ihrem ideologischen Lager entscheiden. Dann gäbe es jeweils vier Stimmen für und gegen diese Quasi-Vesicherungspflicht, was dem übrigen Richter Anthony Kennedy die Entscheidung überlassen würde. Doch die Befürchtung, dass dieses Urteil die Gesundheitsreform zu Fall bringt, ist zunächst etwas übertrieben.*

13. **Berlusconi**
    a. **Regierungskrise in Italien: Berlusconis spätrömischer Sieg**
    Er hat den großen Showdown im Parlament riskiert, und er hat ihn überlebt. Doch viel knapper hätte es für Italiens Premier Silvio Berlusconi nicht ausgehen können: Mit gerade drei Stimmen Mehrheit sind die Misstrauensanträge gegen seine Regierung abgeschmettert worden. Seine Partei PDL und ihr Koalitionspartner Lega Nord feiern dies nun als Triumph.
    Quelle: Süddeutsche Zeitung

    Anmerkung RS: *Die Gerüchte über Berlusconis Tod sind übertrieben. Wir verweisen zur Erinnerung auf den Kommentar von Orlando Pascheit.*

    b. **Berlusconi bleibt: Kampf um Rom**
    Äußerst knapp hat Italiens Premier Berlusconi das Misstrauensvotum überstanden. Der rechte Koalitionspartner Lega Nord ist mächtiger als je zuvor und dringt auf Neuwahlen. In den Straßen Roms protestieren Studenten, zünden Autos an.
    Quelle: FR

c. **Berlusconi ist eine Schande für sein Land!**
Italiens Ministerpräsident hat es wieder einmal geschafft: Er übersteht ein Misstrauensvotum trotz rechnerisch fehlender Mehrheit. An der Abstimmung sei gedreht worden, meint Stefan Troendle. Berlusconi fehle jedes Demokratieverständnis. Er sei eine Schande für sein Land – und kein seriöser Gesprächspartner für andere Länder.
Quelle: tagesschau.de

14. **Europarat wirft Kosovo-Premier Verbrechen vor**
Ist Hashim Thaci ein Mafiaboss? Der Regierungschef des Kosovo soll in Organhandel, Morde und andere Verbrechen verstrickt sein – das behauptet der Europarat in einem Bericht.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
15. **Drastische Steuerausfälle: Geld? Gibt's nicht mehr!**
Die Wirtschaftskrise reißt weltweit tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte und zwingt Regierungen zum Überdenken ihrer Steuersysteme. Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sind die Steuereinnahmen aller OECD-Länder im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten gesunken. Der Rückgang sei für die Industrieländer damit so hart gewesen wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen 1965, sagte Jeffrey Owens, Steuerexperte der Organisation am Mittwoch bei der Vorstellung der Studie in Paris. Leere Kassen, erdrückende Schulden: Vielen westlichen Ländern stehen erbitterte Kämpfe ums Geld bevor. In 25 von 28 Staaten war die sogenannte Fiskalquote 2009 geringer als im Vorjahr. Sie gibt das Verhältnis von Staatseinnahmen und Wirtschaftsleistung an.
Die Steuerforscher der Organisation räumen mit einem weit verbreiteten Vorurteil auf. Die deutschen Steuereinnahmen sind im internationalen Vergleich keineswegs Spitze. In Deutschland blieb der Anteil der Steuern 2009 stabil bei 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit liegt Deutschland über dem OECD-Mittelwert, aber nur im unteren Mittelfeld derjenigen 21 EU-Länder, die auch zur OECD gehören. In drei Ländern, Luxemburg, der Schweiz und der Türkei stiegen die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr gegen den Trend. Doch treffen die Folgen der Wirtschaftskrise viele öffentliche Haushalte hart. Die Einnahmen schrumpften 2009 in den meisten Ländern deutlich stärker als die Wirtschaftsleistung. Damit ist die tatsächliche Steuerbelastung gegenüber 2008 ebenfalls vielerorts gesunken. Steuersysteme sind ohnehin so konstruiert, dass die Belastung von Verbrauchern und der Wirtschaft in Krisenzeiten in der Summe sinkt. Viele Länder hatten härtere Einschnitte bei

den Einnahmen in der Rezession bewusst in Kauf genommen und zur Unterstützung der Wirtschaft die Steuersätze sogar noch gesenkt. Am deutlichsten gingen die Einnahmen aus Unternehmenssteuern zurück. Sie machten am Rückgang etwa die Hälfte aus.
Quelle: SZ

16. **Spekulanten stürzen sich auf Rohstoffe**
Der Rohstoff-Boom lockt so viele Spekulanten an wie seit Jahren nicht mehr. Ein vom Finanzdatendienstleister Bloomberg erstellter Index, der die Entwicklung von Termingeschäften auf 20 verschiedene Rohstoffe abbildet, hat laut Meldung vom Montag den höchsten Stand seit Februar 2006 erreicht. Die Zahl der Kontrakte, mit denen auf einen Preisanstieg gewettet wird, überstieg die Wetten auf einen Preisverfall um 1,54 Millionen. Der Index wird aus Daten der Terminbörsenaufsicht CFTC erstellt. Sie unterscheidet zwischen Marktteilnehmern, die tatsächlich Rohstoffe erwerben und solchen, die nur in Rohstoff-Derivate wie Futures und Optionen investieren.
Die Zahlen dürften der Debatte über die Rolle von Finanzinvestoren bei der seit Monaten andauernden Rohstoff-Rally neue Nahrung geben. Die CFTC will spekulative Geschäfte auf dem Rohstoffmarkt eindämmen. Am Donnerstag wird die Aufsichtsbehörde neue Positionslimits vorschlagen. Sie begrenzen das Volumen an Terminkontrakten, mit denen einzelne Marktteilnehmer handeln können. Eine strengere Beaufsichtigung des Rohstoffhandels ist Teil der US-Finanzmarktreform, die im Sommer verabschiedet wurde.
Quelle: FTD